

Dienstag, 14. Juni 2022

Nachmittag

Vorsitz: Standespräsidentin Aita Zanetti
Protokollführer: Patrick Barandun
Präsenz: anwesend 119 Mitglieder
entschuldigt: Renkel
Sitzungsbeginn: 14.00 Uhr

1. Justizreform 3 (Botschaften Heft Nr. 14/2021-2022, S. 867) (Fortsetzung)

Präsident der Kommission
für Justiz und Sicherheit: Derungs
Regierungsvertreter: Peyer

II. Detailberatung (Fortsetzung)

Totalrevision Gerichtsorganisationsgesetz (Fortsetzung)

Art. 27 und 28

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 29

Antrag Kommission (Sprecher: Derungs [Kommissionspräsident]) und Regierung
Ergänzen lit. a wie folgt:

- a) bei arbeitsplatzbezogener Unfähigkeit, wenn das Mitglied die richterliche Tätigkeit aus diesem Grund während **insgesamt** zwölf Monaten nicht ausgeübt hat;

Angenommen

Art. 30

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 31 Abs. 1, Abs. 2

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 31 Abs. 3

Antrag Kommission (Sprecherin: Müller [Felsberg]) und Regierung
Ändern wie folgt:

Die Ausschlussgründe **gemäss Absatz 1 Litera c** bestehen nach Auflösung der Ehe, der eingetragenen Partnerschaft oder der faktischen Lebensgemeinschaft **nicht** fort.

Angenommen

Art. 31 Abs. 4

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 32 – 34

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 35

Antrag Kommission (Sprecherin: Müller [Felsberg]) und Regierung

Ergänzen wie folgt:

...die während der Amtsdauer **gegen sie** eröffnet werden und zu einem Eintrag ins Strafregister führen könnten, der im Privatauszug ersichtlich ist

Angenommen

Art. 36 – 38

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

3. Gerichtsbehörden**3.1. OBERGERICHT****3.1.1. Allgemeine Organisation****Art. 39 – 42**

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 43 Abs. 1

Antrag Kommission (Sprecherin: Müller [Felsberg]) und Regierung

Ändern wie folgt:

Der Verwaltungskommission gehören die Präsidentin oder der Präsident, die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident und höchstens drei weitere Mitglieder des Obergerichts an. **Die Kantonssprachen sind bei der Besetzung der Verwaltungskommission angemessen zu berücksichtigen.**

Angenommen

Art. 43 Abs. 2, Abs. 3, Abs. 4

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 44 und 45

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

3.1.2. Richterinnen und Richter

Art. 46 – 49*Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Angenommen***Art. 50**

a) *Antrag Kommissionsmehrheit* (7 Stimmen: Derungs [Kommissionspräsident], Casty, Crameri, Flütsch, Ruckstuhl, Salis, Schutz; Sprecher: Derungs [Kommissionspräsident])
und Regierung
 Gemäss Botschaft

b) *Antrag Kommissionsminderheit 1* (2 Stimmen: Müller [Felsberg], Perl; Sprecher: Perl)
 Ändern Abs. 1 wie folgt (und damit verbunden Streichung von Art. 50 Abs. 2 E-GOG und Aufnahme eines neuen Artikels nach Art. 52 E-GOG):

Der Grosse Rat wählt die Oberrichterinnen und Oberrichter für die Dauer von vier Jahren.

und

Streichen Abs. 2

und

Einfügen neuer Artikel nach Art. 52 E-GOG wie folgt:

4. Wahl des Präsidiums

¹ **Der Grosse Rat wählt aus dem Kreis der Oberrichterinnen und Oberrichter die Präsidentin oder den Präsidenten und die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten für die Dauer von zwei Jahren.**

² **Ausgeschlossen ist:**

- a) **die unmittelbare Wiederwahl als Präsidentin oder als Präsident, wenn sie oder er diese Funktion während der ganzen vorausgegangenen Amtsdauer ausgeübt hat;**
- b) **die Wahl der amtierenden Präsidentin oder des amtierenden Präsidenten als Vizepräsidentin oder als Vizepräsident;**
- c) **die unmittelbare Wiederwahl als Vizepräsidentin oder als Vizepräsident, wenn sie oder er diese Funktion während der ganzen vorausgegangenen Amtsdauer ausgeübt hat.**

c) *Antrag Kommissionsminderheit 2* (2 Stimmen: Bondolfi, Wellig; Sprecher: Bondolfi)
 Ändern Abs. 2 lit. a und c wie folgt:

- a) **die unmittelbare Wiederwahl als Präsidentin oder als Präsident, wenn sie oder er diese Funktion während der **beiden** vorausgegangenen Amtsdauern ausgeübt hat;**
- c) **die unmittelbare Wiederwahl als Vizepräsidentin oder als Vizepräsident, wenn sie oder er diese Funktion während der **beiden** vorausgegangenen Amtsdauern ausgeübt hat.**

Abstimmung (3 Hauptanträge)

	Stimmen
Antrag Kommissionsmehrheit und Regierung	71
Antrag Kommissionsminderheit 1	20
Antrag Kommissionsminderheit 2	21
<u>Enthaltungen</u>	<u>0</u>
Total Stimmen	112
 absolutes Mehr	 57

Der Antrag der Kommissionsmehrheit und Regierung hat das absolute Mehr erreicht und ist somit angenommen.

Einfügen neuer Artikel

Antrag Kommission (Sprecher: Derungs [Kommissionspräsident]) und Regierung

Einfügen neuer Artikel wie folgt (*verbunden mit der Streichung von Art. 51 Abs. 3 und 4 sowie Art. 52 Abs. 3, 4 und 5 E-GOG*):

2. Eignungsprüfung

¹ Die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates prüft die Kandidierenden auf ihre persönliche und fachliche Eignung. Sie kann das Obergericht oder andere Organe einbeziehen. Sie kann die Eignungsprüfung davon abhängig machen, dass die Kandidatur bis zu einem bestimmten Zeitpunkt eingereicht wird.

² Die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates kann die persönliche und fachliche Eignung der sich zur Wiederwahl stellenden Mitglieder des Obergerichts prüfen. Beabsichtigt sie, ein sich zur Wiederwahl stellendes Mitglied des Obergerichts als ungeeignet einzustufen, hat sie dies der betroffenen Person rechtzeitig vor Ablauf der Amtsdauer mitzuteilen und dem Obergericht Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

³ Die Kommission teilt dem Grossen Rat mit, wenn sie eine Person für ungeeignet hält. Sie übermittelt dem Grossen Rat die Stellungnahmen der betroffenen Person sowie des Obergerichts zur Kenntnisnahme.

Angenommen

Art. 51 Abs. 1, Abs. 2

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 51 Abs. 3, Abs. 4

Antrag Kommission (Sprecher: Derungs [Kommissionspräsident]) und Regierung

Streichen

Angenommen

Art. 52 Abs. 1, Abs. 2

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 52 Abs. 3, Abs. 4, Abs. 5

Antrag Kommission (Sprecher: Derungs [Kommissionspräsident]) und Regierung

Streichen

Angenommen

Art. 52 Abs. 6

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 53

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 54 Abs. 1

Antrag Kommission (Sprecher: Crameri) und Regierung

Ändern wie folgt:

Für ausserordentliche Richterinnen und Richter gelten die Regelungen ~~zur Unvereinbarkeit in der Person~~, zur Wohnsitzpflicht, zur Altersgrenze und zum Fraktionsproporz nicht.

Angenommen

Art. 54 Abs. 2, Abs. 3

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 55

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

3.1.3. Aktuariat**Art. 56**

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 57 Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 57 Abs. 2 lit. a

a) Antrag Kommissionsmehrheit (9 Stimmen: Derungs [Kommissionspräsident], Bondolfi, Casty, Flütsch, Müller [Felsberg], Perl, Salis, Schutz, Wellig; Sprecher: Derungs [Kommissionspräsident]) und Regierung

Gemäss Botschaft

b) Antrag Kommissionsminderheit (2 Stimmen: Crameri, Ruckstuhl; Sprecher: Crameri)

Ändern wie folgt:

Parteien in Verfahren vertreten, die durch ~~eine Abteilung des~~ **das** Obergerichts zu beurteilen sind, ~~der sie zugeteilt sind~~;

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und Regierung mit 72 zu 31 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Art. 57 Abs. 2 lit. b – c, Abs. 3, Abs. 4

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 58

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

3.1.4. Generalsekretariat**Art. 59**

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

3.2. KANTONALES ZWANGSMASSNAHMENGERICHT**Art. 60 – 62**

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

3.3. JUSTIZGERICHT**Art. 63 – 69**

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

3.4. REGIONALGERICHTE**3.4.1. Allgemeine Organisation****Art. 70 und 71**

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 72 Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 72 Abs. 2

Antrag Kommission (Sprecher: Crameri) und Regierung

Ändern wie folgt:

Kann ein Regionalgericht wegen Verhinderungs- oder Ausstandsgründen nicht vollzählig besetzt werden, kann das Obergericht es durch Mitglieder eines **anderen** Regionalgerichts ergänzen oder ein anderes Regionalgericht für zuständig erklären.

Angenommen

Art. 73 – 77

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

3.4.2. Richterinnen und Richter

Art. 78 – 83

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 84 Abs. 1

Antrag Kommission (Sprecher: Crameri) und Regierung

Ändern wie folgt:

Für ausserordentliche Richterinnen und Richter gelten die Regelungen ~~zur Unvereinbarkeit in der Person~~, zur Wohnsitzpflicht und zur Altersgrenze nicht.

Angenommen

Art. 84 Abs. 2, Abs. 3

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 85

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

4. Schlichtungsbehörden

4.1. VERMITTLERAMT

Art. 86 Abs. 1, Abs. 2

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 86 Abs. 3

Antrag Kommission (Sprecher: Crameri) und Regierung

Ergänzen wie folgt:

Das Vermittleramt ist **fachlich eigenständig**, in der Rechtsprechung unabhängig und nur dem Recht verpflichtet.

Angenommen

Art. 86 Abs. 4, Abs. 5

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 87

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 88 Abs. 1

Antrag Kommission (Sprecher: Cramer) und Regierung

Ändern wie folgt:

Kann die Vermittlerin oder der Vermittler wegen Ausstandsgründen nicht durch die Stellvertreterin oder den Stellvertreter ersetzt werden, bezeichnet das Regionalgericht die Stellvertretung aus dem Kreis der Mitglieder eines **anderen** Vermittleramts.

Angenommen

Art. 88 Abs. 2

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

4.2. SCHLICHTUNGSBEHÖRDE FÜR MIETSACHEN**Art. 89 Abs. 1, Abs. 2**

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 89 Abs. 3

Antrag Kommission (Sprecher: Cramer) und Regierung

Ergänzen wie folgt:

Die Schlichtungsbehörde für Mietsachen ist **fachlich eigenständig**, in der Rechtsprechung unabhängig und nur dem Recht verpflichtet

Angenommen

Art. 89 Abs. 4, Abs. 5

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 90

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 91 Abs. 1

Antrag Kommission (Sprecher: Cramer) und Regierung

Ändern wie folgt:

Kann die Schlichtungsbehörde für Mietsachen wegen Ausstandsgründen nicht durch eine gewählte Stellvertretung ergänzt werden, bezeichnet das Regionalgericht die Stellvertretung aus dem Kreis der Mitglieder einer **anderen** Schlichtungsbehörde für Mietsachen.

Angenommen

Art. 91 Abs. 2

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 92 Abs. 1*Antrag Kommission (Sprecher: Crameri) und Regierung*

Ändern wie folgt:

Die Schlichtungsbehörde für Mietsachen überträgt der oder dem Vorsitzenden einer **anderen** Schlichtungsbehörde für Mietsachen die Beratungstätigkeit gemäss Artikel 201 Absatz 2 der Schweizerischen Zivilprozessordnung.

*Angenommen***Art. 92 Abs. 2***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

Angenommen

4.3. SCHLICHTUNGSBEHÖRDE FÜR GLEICHSTELLUNGSSACHEN

Art. 93 Abs. 1, Abs. 2*Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Angenommen***Art. 93 Abs. 3***Antrag Kommission (Sprecher: Crameri) und Regierung*

Ergänzen wie folgt:

Die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen ist **fachlich eigenständig**, in der Rechtsprechung unabhängig und nur dem Recht verpflichtet.

*Angenommen***Art. 93 Abs. 4, Abs. 5***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Angenommen***Art. 94 – 96***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Angenommen***5. Aufsicht und Oberaufsicht**

5.1. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 97 – 99*Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

Angenommen

5.2. DIENSTAUF SICHT

5.2.1. Instrumente der Dienstaufsicht

Art. 100 – 102*Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

Angenommen

*5.2.2. Zuständigkeit und Verfahren***Art. 103 Abs. 1, Abs. 2***Antrag Kommission und Regierung**Gemäss Botschaft**Angenommen***Art. 103 Abs. 3***Antrag Kommission (Sprecher: Crameri) und Regierung***Streichen***Angenommen***Art. 104 und 105***Antrag Kommission und Regierung**Gemäss Botschaft**Angenommen***Art. 106 Abs. 1***Antrag Kommission (Sprecher Crameri) und Regierung**Ändern lit. a wie folgt:**ihren Mitgliedern mit Ausnahme der Entschädigung bei Rücktritt;**Angenommen***Art. 106 Abs. 2***Antrag Kommission und Regierung**Gemäss Botschaft**Angenommen***Art. 107 – 109***Antrag Kommission und Regierung**Gemäss Botschaft**Angenommen***5.3. ORGANAUF SICHT***5.3.1. Instrumente der Organaufsicht***Art. 110 – 114***Antrag Kommission und Regierung**Gemäss Botschaft**Angenommen**5.3.2. Träger der Aufsicht und der Oberaufsicht***Art. 115 – 120***Antrag Kommission und Regierung**Gemäss Botschaft**Angenommen*

6. Schlussbestimmungen**Art. 121 und 122***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Angenommen***Art. 123 Abs. 1, Abs. 2***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Angenommen***Art. 123 Abs. 3***Antrag Kommission (Sprecher: Perl) und Regierung*

Ändern wie folgt:

Die Eignung der sich zur Wiederwahl stellenden Mitglieder der richterlichen Behörden richtet sich nach den Regeln, die zum Zeitpunkt der **letztmaligen Wahl vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gegolten haben**. Die übrigen Regelungen...

*Angenommen***Art. 123 Abs. 4, Abs. 5***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Angenommen***II. Änderungen bisherigen Rechts****1. Bürgerrechtsgesetz des Kantons Graubünden (KBüG), BR 130.100 (Stand 1. Juli 2018)****Art. 26 Abs. 2, Abs. 3***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Angenommen***2. Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR), BR 150.100 (Stand 1. Oktober 2021)**

Art. 19b Abs. 1; Art. 19e Abs. 1; Art. 19f Überschrift, Abs. 5; Art. 19h Abs. 1; Art. 49 Überschrift, Abs. 1, Abs. 2; Art. 50; Art. 51 Überschrift, Abs. 1, Abs. 2; Art. 52 Überschrift, Abs. 1, Abs. 2; Art. 52a; Art. 53 Überschrift, Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 4, Abs. 5; Art. 95 Abs. 4; Art. 97 Abs. 1; Art. 102 Überschrift, Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

*Angenommen***3. Gesetz über die Staatshaftung (SHG), BR 170.050 (Stand 1. Januar 2017)****Art. 6 Überschrift, Abs. 1***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 6 Abs. 2*Antrag Kommission (Sprecher: Crameri) und Regierung*

Ändern wie folgt:

Die klagende Partei bestimmt mir ihrer Eingabe bei der Schlichtungsbehörde, in welcher kantonalen Amtssprache Verfahren gegen den Kanton, gegen dessen öffentlich-rechtliche Körperschaften oder selbständige Anstalten geführt werden. Weicht die Verfahrenssprache von der regionalen Amtssprache ab, kann **das zuständige Vermittleramt ergänzt werden durch ein vom örtlich zuständigen Regionalgericht bezeichnetes Mitglied eines anderen Vermittleramts, das zuständige Regionalgericht durch ein vom Obergericht bezeichnetes hauptamtliches Mitglied eines anderen Regionalgerichts. Die beigezogenen Mitglieder verfügen über die erforderlichen sprachlichen Fähigkeiten.**

*Angenommen***Art. 6 Abs. 3***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Angenommen***Art. 6a; Art. 9a; Art. 11 Abs. 1, Abs. 2; Art. 14 Abs. 1, Abs. 1^{bis}, Abs. 2; Art. 15a; Art. 18 Abs. 2, Abs. 3***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Angenommen***4. Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG), BR 170.100 (Stand 1. Oktober 2021)****Art. 20 Abs. 1; Art. 27 Abs. 1, Abs. 2; Art. 34 Abs. 1; Art. 36 Abs. 1, Abs. 2; Art. 56 Abs. 1; Art. 57 Abs. 1; Art. 64b; Titel nach Art. 68; Art. 68a; Art. 68b***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Angenommen***5. Geschäftsordnung des Grossen Rats (GGO), BR 170.140 (Stand 1. August 2019)****Art. 11 Abs. 4; Art. 22 Abs. 3; Art. 26 Abs. 1, Abs. 4, Abs. 6, Abs. 7; Art. 30 Abs. 1***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Angenommen***Art. 83 Überschrift***Antrag Kommission (Sprecher: Crameri) und Regierung*

Ändern wie folgt:

Mitglieder des Obergerichts und des Justizgerichts*Angenommen*

Art. 83 Abs. 1*Antrag Kommission (Sprecher: Crameri) und Regierung*

Ändern wie folgt:

Die **Mitglieder des Obergerichts und des Justizgerichts** leisten vor dem Grossen Rat den vorgeschriebenen Eid oder das vorgeschriebene Gelübde.

*Angenommen***6. Gesetz über das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden des Kantons Graubünden (Personalgesetz, PG), BR 170.400 (Stand 1. Januar 2022)****Art. 58 Abs. 1; Art. 65 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 4; Art. 66 Abs. 3, Abs. 5, Abs. 5^{bis}, Abs. 6***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Angenommen***7. Gesetz über die Pensionskasse Graubünden (PKG), BR 170.450 (Stand 1. Januar 2022)****Art. 11a, Art. 15a***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Angenommen***8. Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip (Öffentlichkeitsgesetz), BR 171.000 (Stand 1. November 2016)****Art. 13 Abs. 2***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Angenommen***9. Kantonales Datenschutzgesetz (KD SG), BR 171.100 (Stand 1. Januar 2019)****Art. 6 Abs. 3***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Angenommen***10. Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EGzZGB), BR 210.100 (Stand 1. Januar 2022)****Art. 14 Abs. 1; Art. 15 Abs. 3; Art. 16 Abs. 3; Art. 20d Abs. 2; Art. 25a Abs. 2;****Art. 60 Abs. 1; Art. 143 Abs. 2***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

Angenommen

**11. Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht (EGzOR),
BR 210.200 (Stand 1. Januar 2017)**

Art. 14b Abs. 2

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

12. Notariatsgesetz (NotG), BR 210.300 (Stand 1. Januar 2017)

Art. 4 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 3^{bis}, Abs. 4

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Ordnungsantrag Bondolfi

Unterbrechung der Debatte zwecks Umformulierung des Antrags zur elektronischen Beglaubigung und Beurkundung.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Ordnungsantrag Bondolfi mit 83 zu 25 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Art. 5 Abs. 2

Antrag Kommission (Sprecher: Bondolfi)
Ergänzen mit neuer lit. i wie folgt:

- i) die Erledigung der Aufgaben betreffend die elektronische Beglaubigung und die elektronische Beurkundung, die keiner anderen Behörde zugewiesen wurden.**

Angenommen

Art. 5 Abs. 3; Art. 5a; Art. 6 Abs. 5; Art. 9 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3; Art. 10 Abs. 4, Abs. 5

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 26 Überschrift und neuer Absatz

Antrag Kommission (Sprecher: Bondolfi)
Ändern der Überschrift und einfügen neuer Absatz 4 wie folgt:

Form der Beglaubigung

⁴ Die Notariatsperson kann nach den Vorgaben des Bundesrechts elektronische Beglaubigungen erstellen.

Angenommen

Art. 33 Überschrift, Abs. 1, Abs. 2; Art. 34 Überschrift, Abs. 1, Abs. 2; Art. 35 Überschrift, Abs. 1, Abs. 1^{bis}, Abs. 2; Art. 36 Überschrift; Art. 50 Abs. 1; Art. 51a Abs. 4

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

13. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz vom 16. Dezember 1983 über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG), BR 217.600 (Stand 1. Januar 2007)

Art. 15 Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

14. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EGzSchKG), BR 220.000 (Stand 1. Januar 2017)

Art. 3 Abs. 1, Abs. 1^{bis}, Abs. 2; Art. 7 Abs. 1; Art. 13 Abs. 1, Abs. 2; Art. 15 Abs. 4; Art. 16a; Art. 17 Überschrift; Art. 18 Abs. 2, Abs. 4; Art. 20 Abs. 2; Art. 21

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

15. Anwaltsgesetz, BR 310.100 (Stand 1. Januar 2011)

Erlassstitel (Abkürzung); Art. 5 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 4, Abs. 5; Art. 6 Abs. 2, Abs. 3; Art. 6a; Art. 7 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3; Art. 9 Abs. 4, Abs. 5; Art. 17 Abs. 1; Art. 19 Abs. 1; Art. 21 Abs. 2

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

16. Einführungsgesetz zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (EGzZPO), BR 320.100 (Stand 1. Januar 2022)

Art. 4; Art. 5 Überschrift, Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 4; Art. 6 Überschrift, Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3; Art. 7 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 4; Art. 8 Abs. 1, Abs. 2; Art. 13 Abs. 1, Abs. 2; Art. 15 Abs. 4; Art. 16 Abs. 2

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

17. Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (EGzStPO), BR 350.100 (Stand 1. Januar 2022)

Art. 8 Abs. 1^{bis}, Abs. 2; Art. 12 Abs. 1; Art. 19 Abs. 2, Abs. 3; Art. 22 Abs. 1; Art. 30 Abs. 1, Abs. 2; Art. 35a; Art. 37 Abs. 4; Art. 42 Abs. 1^{bis}; Art. 55 Abs. 2

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

18. Gesetz über den Justizvollzug im Kanton Graubünden (Justizvollzugsgesetz, JVG), BR 350.500 (Stand 1. Januar 2022)

Art. 48 Überschrift, Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

19. Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG), BR 370.100 (Stand 1. Januar 2019)

Art. 6c Abs. 1; Art. 11 Abs. 2; Art. 28 Abs. 2; Titel nach Art. 37; Art. 42 Abs. 1; Art. 43 Abs. 1, Abs. 3; Art. 44 Abs. 1; Art. 47 Abs. 1; Art. 48 Abs. 1; Art. 49 Abs. 1; Art. 52 Abs. 1; Art. 55 Abs. 2, Abs. 3; Art. 56 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3; Art. 57 Abs. 1; Art. 60 Abs. 1; Art. 61 Abs. 1, Abs. 3; Art. 62 Abs. 1; Art. 63 Abs. 1, Abs. 2; Art. 64 Abs. 1; Art. 65 Abs. 1; Titel nach Art. 65

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 65a Abs. 1

Antrag Kommission (Sprecher: Cramer) und Regierung

Streichen lit. c

Angenommen

Art. 65a Abs. 2; Art. 65b; Art. 65c; Art. 68 Abs. 2; Art. 75 Abs. 2, Abs. 3, Abs. 4; Art. 77 Abs. 2; Art. 80 Abs. 3; Art. 85 Abs. 5; Art. 85b

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

20. Einführungsgesetz zum Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht (EGzSSV), BR 370.300 (Stand 1. Januar 2011)

Art. 1 Abs. 1, Abs. 2; Art. 2; Art. 3 Überschrift, Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 4; Art. 3a; Art. 4 Überschrift, Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3; Art. 5 Überschrift, Abs. 2; Art. 6 Abs. 2; Art. 7 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 2^{bis}, Abs. 3; Art. 8; Art. 9 Abs. 1; Art. 11 Abs. 1; Art. 11a; Art. 12 Überschrift, Abs. 1, Abs. 2; Art. 13 Abs. 1, Abs. 2; Art. 14; Art. 15 Abs. 2, Abs. 3

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

21. Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden (Schulgesetz), BR 421.000 (Stand 1. März 2021)

Art. 95 Abs. 3, Abs. 4

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

22. Gesetz über Hochschulen und Forschung (GHF), BR 427.200 (Stand 1. Januar 2016)

Art. 31 Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

23. Sprachengesetz des Kantons Graubünden (SpG), BR 492.100 (Stand 1. Januar 2017)

Art. 3 Abs. 4, Abs. 5; Art. 8 Überschrift, Abs. 1; Art. 10a Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

24. Gesetz über den Natur- und Heimatschutz im Kanton Graubünden (Kantonales Natur- und Heimatschutzgesetz, KNHG), BR 496.000 (Stand 1. Januar 2013)

Art. 42 Abs. 2

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

25. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Arzneimittel und Medizinprodukte (Einführungsgesetz zum Heilmittelgesetz, EGzHMG), BR 500.500 (Stand 1. Januar 2018)

Art. 29a Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

26. Gesetz über die Psychiatrischen Dienste Graubünden, BR 500.900 (Stand 1. Januar 2021)

Art. 12 Abs. 3

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

27. Einführungsgesetz zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz, BR 530.100 (Stand 1. Januar 2011)

Art. 9 Abs. 2

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

28. Gesetz über die Beilegung von kollektiven Arbeitsstreitigkeiten, BR 538.100 (Stand 1. Januar 2011)

Art. 14 Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

**29. Gesetz über die Krankenversicherung und die Prämienverbilligung (KPVG),
BR 542.100 (Stand 1. Januar 2014)**

Art. 19 Abs. 2

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

**30. Gesetz über kantonale Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und
Invalidenversicherung (Kantonales Gesetz über Ergänzungsleistungen),
BR 544.300 (Stand 1. Januar 2012)**

Art. 19 Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

**31. Gesetz über die Unterstützung Bedürftiger (Kantonales Unterstützungsgesetz),
BR 546.250 (Stand 1. Januar 2017)**

Art. 13 Abs. 2

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

32. Gesetz über die Familienzulagen (KFZG), BR 548.100 (Stand 1. Januar 2013)

Art. 22 Abs. 1; Art. 23 Abs. 2

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

33. Gesetz über Mutterschaftsbeiträge, BR 548.200 (Stand 1. August 2009)

Art. 13 Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

**34. Polizeigesetz des Kantons Graubünden (PolG), BR 613.000 (Stand
1. Januar 2022)**

Art. 22d Abs. 3

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

35. Einführungsgesetz zur Ausländer- und Asylgesetzgebung des Bundes (EG-zAAG), BR 618.100 (Stand 1. Januar 2022)

Art. 21a Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

36. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe (EG-zWPEG), BR 620.100 (Stand 1. Mai 2017)

Art. 3 Überschrift, Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

37. Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons Graubünden (Finanzhaushaltsgesetz, FHG), BR 710.100 (Stand 1. Januar 2017)

Art. 21 Abs. 1; Art. 39 Überschrift, Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3; Art. 39a

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

38. Gesetz über die Finanzaufsicht (GFA), BR 710.300 (Stand 1. Januar 2017)

Art. 1 Abs. 1, Abs. 2; Art. 8 Abs. 2; Art. 9 Abs. 2; Art. 13 Abs. 1; Art. 14 Abs. 2; Art. 15 Abs. 2; Art. 16 Abs. 2; Art. 18 Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

39. Steuergesetz für den Kanton Graubünden, BR 720.000 (Stand 1. Januar 2022)

Art. 137a Abs. 1; Art. 139 Abs. 1; Art. 140 Abs. 2; Art. 142 Abs. 2; Art. 158 Abs. 3; Art. 166 Abs. 3

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

40. Gesetz über die Gemeinde- und Kirchensteuern (GKStG), BR 720.200 (Stand 1. Januar 2021)

Art. 29 Abs. 2

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

41. Raumplanungsgesetz für den Kanton Graubünden (KRG), BR 801.100 (Stand 1. April 2019)

Art. 87 Abs. 4; Art. 100 Abs. 2; Art. 102 Abs. 1, Abs. 2; Art. 103 Abs. 1; Art. 105 Abs. 2

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

42. Enteignungsgesetz des Kantons Graubünden, BR 803.100 (Stand 1. Januar 2013)

Art. 18; Art. 19 Überschrift, Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 4, Abs. 5; Art. 19a; Art. 20 Überschrift; Art. 20a; Art. 21 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3; Art. 22 Überschrift, Abs. 1; Art. 36

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

43. Perimetergesetz des Kantons Graubünden, BR 803.200 (Stand 1. Januar 2018)

Art. 9 Abs. 1; Art. 13 Abs. 2; Art. 17 Abs. 3

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

44. Submissionsgesetz (SubG), BR 803.300 (Stand 1. Januar 2014)

Art. 25 Abs. 1; Art. 28 Abs. 2; Art. 29 Abs. 1, Abs. 2; Art. 30 Abs. 1; Art. 31 Abs. 3

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

45. Wasserrechtsgesetz des Kantons Graubünden (BWRG), BR 810.100 (Stand 1. Januar 2013)

Art. 56 Abs. 3

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

46. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Kantonales Gewässerschutzgesetz, KGSchG), BR 815.100 (Stand 1. Januar 2016)

Art. 36 Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

47. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (Kantonales Umweltschutzgesetz, KUSG), BR 820.100 (Stand 1. April 2020)

Art. 53 Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

48. Energiegesetz des Kantons Graubünden (BEG), BR 820.200 (Stand 1. Januar 2021)

Art. 39 Abs. 3

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

49. Gesetz über die amtlichen Immobilienbewertungen (IBG), BR 850.100 (Stand 1. Januar 2018)

Art. 20 Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

50. Gesetz über die Erhaltung und Förderung der Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz), BR 910.000 (Stand 1. Dezember 2012)

Art. 29 Abs. 2

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

51. Meliorationsgesetz des Kantons Graubünden, BR 915.100 (Stand 1. Januar 2016)

Art. 6 Abs. 3; Art. 18 Abs. 1; Art. 37 Abs. 1; Art. 43 Abs. 1; Art. 44 Abs. 3; Art. 44^{ter} Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

52. Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR), BR 150.100 (Teilrevision vom 12. Februar 2018)

Art. 19b Abs. 1, Abs. 3; Art. 19e Abs. 1; Art. 19f Überschrift, Abs. 5; Art. 19g Abs. 1; Art. 19m Abs. 1

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

III.**1.**

Der Erlass «Gerichtsorganisationsgesetz (GOG)» BR 173.000 (Stand 1. Juli 2021) wird aufgehoben.

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

2.

Der Erlass «Gesetz über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Mitglieder des Kantons- und des Verwaltungsgerichts (GGVG)» BR 173.050 (Stand 1. Juli 2021) wird aufgehoben.

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

IV.

Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum. Es tritt nur in Kraft, wenn die Teilrevision der Kantonsverfassung vom 14. Juni 2022 angenommen wird. Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Schlussabstimmung

Der Grosse Rat

2. verabschiedet die Teilrevision der Kantonsverfassung zuhanden der Volksabstimmung mit 104 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen;
3. stimmt der Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes mit 105 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

2. Räumliche Zusammenführung der beiden oberen kantonalen Gerichte in einem neuen Obergericht – Umbau und Erweiterung Staatsgebäude, Chur (Botschaften Heft Nr. 15/2021-2022, S. 1513)

Präsident der
Vorberatungskommission:
Regierungsvertreter:

Bigliel
Cavigelli

I. Eintreten

Antrag Kommission und Regierung
Eintreten

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

II. Detailberatung

1. Das Projekt «Umbau und Erweiterung Staatsgebäude, Chur» wird genehmigt.

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 94 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

2. Für die Ausführung des Projekts «Umbau und Erweiterung Staatsgebäude, Chur» wird ein Verpflichtungskredit von brutto 29,2 Millionen Franken (Kostenstand April 2021) gewährt. Bei einer Änderung des Baukostenindexes verändert sich dieser Kreditbetrag entsprechend.

Antrag Kommission und Regierung

Für die Ausführung des Projekts «Umbau und Erweiterung Staatsgebäude, Chur» wird ein Verpflichtungskredit von brutto 29,2 Millionen Franken (Kostenstand April 2021) gewährt. **Der Verpflichtungskredit erhöht oder vermindert sich auf der Basis der Bruttokosten im Ausmass des Schweizerischen Baupreisindex für Hochbauten, ganze Schweiz.**

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 95 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

3. Die Regierung wird ermächtigt, bauliche Änderungen im bewilligten Kreditrahmen vorzunehmen, wenn sich diese aus betrieblichen, organisatorischen, architektonischen oder wirtschaftlichen Gründen aufdrängen.

4. Die Investitionsausgaben für die Ausführung des Projekts gemäss Ziffer 2 werden vom finanzpolitischen Richtwert Nr. 2 betreffend die Nettoinvestitionen ausgenommen.

5. Der Beschluss gemäss Ziffer 2 untersteht gestützt auf Art. 16 Ziff. 4 der Verfassung des Kantons Graubünden (BR 110.100) dem obligatorischen Finanzreferendum.

6. Der Kreditbeschluss gemäss Ziffer 2 und 5 gilt nur unter der Voraussetzung, dass der Justizreform 3 von den zuständigen Instanzen zugestimmt wird.

7. Die Regierung vollzieht diese Beschlüsse.

8. Der Auftrag der Kommission für Justiz und Sicherheit betreffend Koordination der Immobilienstrategie des Kantons mit der Justizreform 3 vom 9. Dezember 2020 wird als erledigt abgeschrieben.

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt den Anträgen 3 bis 8 der Kommission und der Regierung in globo mit 97 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Antrag Kommission und Regierung

9. Die Regierung nimmt eine vertiefte Prüfung vor, welche Nutzungsoptionen für die Villa Brügger (unmittelbar benachbart zum Staatsgebäude) und für das Haus zum Brunnengarten (heutiger Sitz Verwaltungsgericht) alternativ zu einem Verkauf bestehen (z. B. öffentliche Nutzung, Vermietung, Eigennutzung, strategische Reserve). Sie berücksichtigt dabei insbesondere auch die besondere Lage und historische Natur dieser beiden Gebäude.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der Kommission und der Regierung mit 96 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Schluss der Sitzung: 18.05 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Die Standespräsidentin: Aita Zanetti

Der Protokollführer: Patrick Barandun